



Bulletin

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales

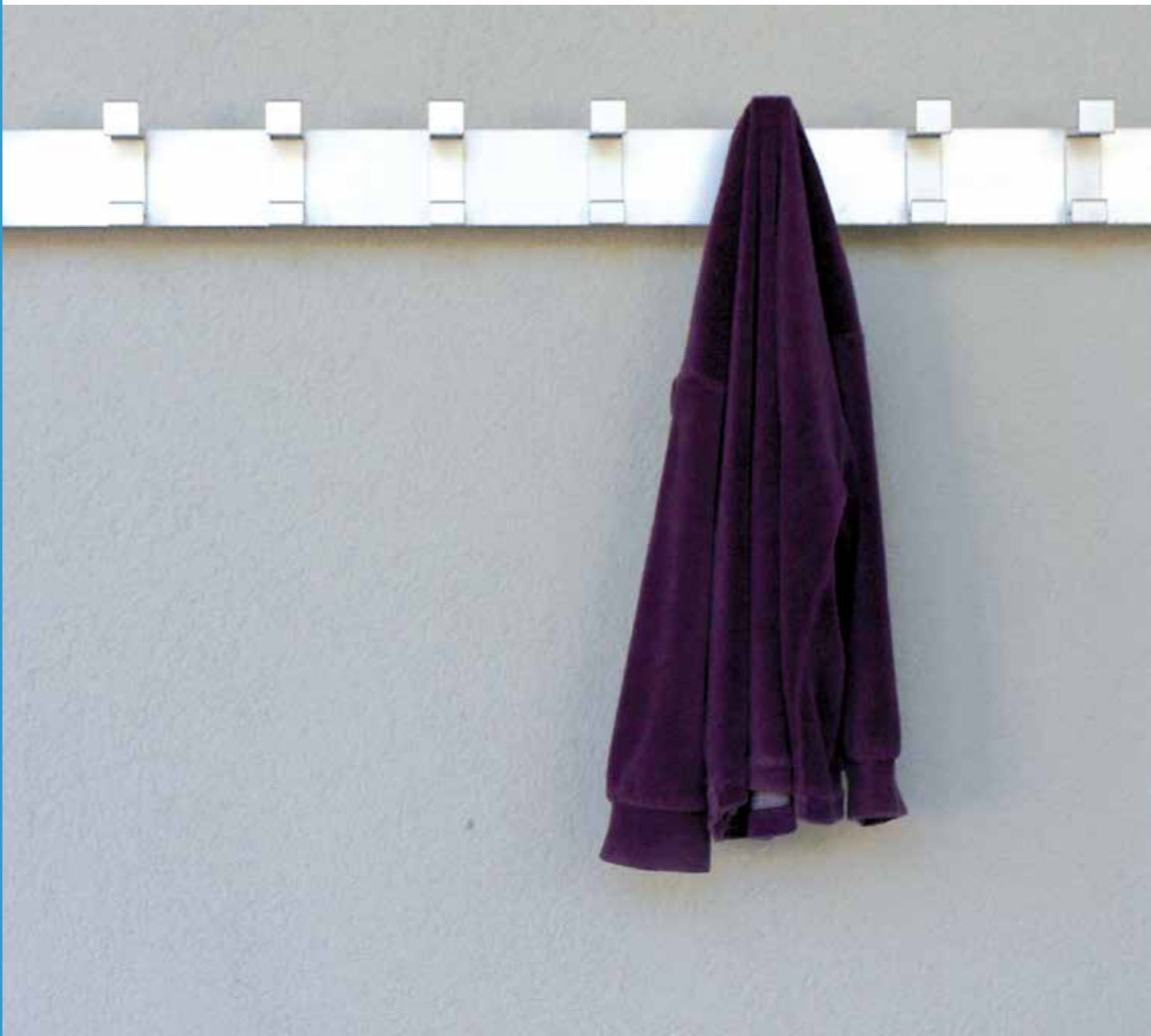
ASSM Accademia svizzera di scienze umane e sociali

ASSM Academia svizra da ciencias morales e socialas

SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

Dossier

Sozialpolitik



Wissenschaftspolitik: Karrierechancen von Geisteswissenschaftlern, S. 9

SAGW-News: 16 Empfehlungen zur Stärkung der Geisteswissenschaften, S. 23

International: Exzellenz als Auswahlkriterium, S. 63

Italienischbünden: Zur Ubiquität des kulturellen Mosaiks der Schweiz

Sacha Zala, Präsident Pro Grigioni Italiano

Die Pro Grigioni Italiano (www.pgi.ch) vertritt seit 1918 die Anliegen Italienischbündens. Aufgrund der Sprachengesetze auf nationaler und kantonaler Ebene haben der Bund und der Kanton Graubünden der Pgi den Auftrag gegeben, die italienische Sprache und Kultur in Graubünden zu schützen und zu fördern. Auch nach 95 Jahren versteht sich die Pro Grigioni Italiano als Sprach- und Kulturorganisation, welche die Interessen der italienischsprachigen Bündner Bevölkerung und der Italianità im Allgemeinen auf allen staatlichen Ebenen in der Schweiz wahrnimmt.

Die Pgi trägt mit ihrem Engagement dazu bei, das kulturelle Erbe des Kantons Graubünden zu wahren, und sie versteht ihre Arbeit als aktiven Beitrag zum Zusammenhalt der Willensnation Schweiz. Eine Willensnation lebt vom Austausch ihrer Sprachgruppen und Kulturen und von gegenseitiger Achtung. Die rauen Zeiten, in denen wir leben, lassen leider zuweilen beides vermissen.

Italienisch gibt es nicht nur im Tessin

Die Gleichsetzung des Kantons Tessin als Pars pro Toto für die «italienische Schweiz» ist derart unverrückbar in der kognitiven Kartographie der meisten Eidgenossen verankert, dass es ratsam erscheint, hier gleich einige Grundinformationen zu Italienischbünden – also dem italienischsprachigen Teil Graubündens – zu liefern. Italienischbünden besteht aus drei Regionen, die geographisch getrennt sind: dem Calancatal und dem Misox, dem Bergell und dem Puschlav. Die Bevölkerung dieser Gebiete umfasst ungefähr 13 000 Personen, die mit den weiteren Bündnern italienischer Sprache, die insbesondere im Raum Chur und im Oberengadin leben, das italienischsprachige Graubünden (zirka 10 Prozent der Bündner Bevölkerung bzw. 20 000 Personen) ausmachen. Zusammen mit dem Kanton Tessin bildet Italienischbünden also die «italienische Schweiz».

Ungenügende politische Vertretung

In einem Essay, der in den «Quaderni grigionitaliani» (<http://ggi.pgi.ch>) veröffentlicht wurde, verglich der Lausanner Professor Hans Ulrich Jost die Situation der Italienischbündner mit derjenigen der Bevölkerung des (Halb-)Kantons Appenzell Innerrhoden. Die demographischen Dimensionen sind ähnlich, doch dieser Halbkanton ist – im Gegensatz zu Italienischbünden – von zwei Parlamentariern in der Bundesversammlung vertreten; er stellt zudem mit seiner kantonalen Exekutive ein Mitglied in der Konferenz der Kantonsregierungen und geniesst demzufolge eine privilegierte Stellung in allen Sektoren der öffentlichen Administration, womit er seine Interessen effektiv verteidigen kann. Italienischbünden besitzt keine derartigen Institutionen, weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene. In fast 165 Jahren Bundesstaat wurde Italienischbünden lediglich von zwei Parlamentariern in der Bundesversammlung vertreten. Ausserhalb von Italienischbünden wird dieses offensichtliche demokratische Defizit nicht einmal wahrgenommen.

Mehr Italienisch in den urbanen Zentren

Zusätzlich zum Problem des Fehlens einer institutionellen Vertretung Italienischbündens kommt das nicht geringere der strikten Anwendung des Territorialitätsprinzips, auf dem die schweizerische Sprachenpolitik beruht. Welchen Wert haben Sprachrechte im Territorium für eine Region, die von Urbanisierungsprozessen gezeichnet ist, welche die Hälfte ihrer Bevölkerung im eigenen Kanton in Zentren mit anderer Sprache leben lassen? Nach dem Territorialitätsprinzip geniessen die Italienischsprachigen in ihren autochthonen Gebieten ausreichende Sprachrechte; ausserhalb dieser Gebiete sind ihre Sprachrechte aber inexistent. Bedenkt man ferner, dass fast die Hälfte der italienischsprachigen Bevölkerung der Schweiz *ausserhalb* des Kantons Tessin und Italienischbündens lebt, so kann das Territorialitätsprinzip kaum das einzige geeignete Kriterium für den Schutz der italienischen Sprache in der Schweiz sein. Kurioserweise steht aber im Denken vieler Politiker auch in der italienischen Schweiz immer noch der Abwehrreflex des Territorialitätsprinzips für die Erhaltung der Sprache im Vordergrund. Für die italienische Sprache in der Schweiz wäre allerdings viel mehr getan, wenn sie in den urbanen Zentren mit grosser italienischsprachiger Präsenz aktiv unterstützt würde, so zum Beispiel in Chur, als Kantonshauptstadt, in Bern, als Bundesstadt, und in anderen Städten wie Zürich, Basel, Lausanne und Genf.

Italienischsprachige Schulen auch ausserhalb des Tessins

Zu diesem Zweck ist es dringend und notwendig, zweisprachige Schulen einzurichten, welche den Unterricht in italienischer Sprache für die Kinder der italienischsprachigen Bevölkerung garantieren, die ausserhalb der italienischen Schweiz lebt. Dies würde nichts anderes bedeuten, als die «Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten» des Europarates endlich zu implementieren, die vorsieht, dass die Unterzeichnerstaaten in den geographischen Gebieten mit relevanter Präsenz den Mitgliedern einer autochthonen Minderheit die Möglichkeit geben müssen, auf dem *gesamten* nationalen Territorium die Minderheitssprache zu erlernen. Zur Thematik der Förderung des Unterrichts der italienischen Sprache ausserhalb der italienischen Schweiz hat der Freiburger Professor Adriano Previtali ein wegweisendes juristisches Gutachten erstellt: Die italienische Version kann man unter www.pgi.ch/perizia.pdf, diejenige auf Deutsch unter www.pgi.ch/perizia-deu.pdf herunterladen.



Seit 20 Jahren engagiert sich Sacha Zala in der Sprach- und Kulturvereinigung Pro Grigioni Italiano, seit 2005 als deren Zentralpräsident.